

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das Amtsgeschäft und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forst-

Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff rentamt zu Tharandt. Postamt-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 156

Donnerstag den 10. Juli 1919

78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Fleischversorgung.

1. Dem Kommunalverband Weissen-Land ist für die Woche vom 7 bis 13. Juli d. J. eine größere Menge ausländ. Gefrierfleisch überwiesen worden, die es ermöglicht, in dieser Woche den fleischbezugsberechtigten Erwachsenen bis zu 100 Gramm, Kindern unter 6 Jahren bis zu 50 Gramm als besondere Zulage zu gewähren.

Selbstversorger sind vom Bezug ausgeschlossen. Die Abgabe erfolgt neben der sichergestellten Fleischwochenkopfmenge marktfrei auf Fleischbezugschein.

Der Kleinhandelspreis für 1 Pfund Gefrierfleisch beträgt 5 Mark.

2. Mit Rücksicht auf die Verteilung dieses Gefrierfleisches und bei der außerordentlichen Knappheit des zur Verfügung stehenden Schlachtviehs wird daher im Kommunalverband Weissen-Land einschl. der rev. Städte Rössen, Lommatsch und Wilsdruff die auf Bezugschein gegen Abgabe der jeweilig geltenden Reichsfleischmarken vom Fleischer zu verarbeitende Fleischmenge für diese Woche wie folgt festgesetzt:

a) für Personen über 6 Jahre: 100 Gramm Fleisch mit Knochen oder - soweit vorhanden - 80 Gramm Hackfleisch oder 100 Gramm Wurst,

b) für Kinder bis zu 6 Jahren: 50 Gramm Fleisch mit Knochen oder - soweit vorhanden - 40 Gramm Hackfleisch oder 50 Gramm Wurst. Zuwiderhandlungen werden gemäß §§ 3, 18 Ziff. 5 der Reichsfleischordnung vom 19. Oktober 1917 mit Gefängnis bis zu 1 Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Weissen, am 8. Juli 1919.

Nr. 378 II L.

Kommunalverband Weissen-Land.

Abgabe am 10. Juli: 1. der angemeldeten Heringe je 1 Stück für 88 Pfg.; 2. des angemeldeten Kunsthonigs je 1/2 Pfund für 40 Pfg.

Abgabe am 11. und 12. Juli: 1. Der angemeldeten Marmelade auf rosaen Warenbezugschein 1/2 Pfund für 65 Pfg., auf gelben Warenbezugschein 1/4 Pfund für 33 Pfg.; 2. auf rote, blaue und gelbe Nährmittellkarten Reihe V Abschnitt 9 a je 1 Pfund Graupen für 44 Pfg., 3. Auf rote Nährmittellkarten Reihe V Abschnitt 10 b auf 4 Abschnitte eine Büchse kond. Milch für 3 Mk. 25 Pfg. Konsumvereins-Mitglieder werden mit Graupen durch die hiesige Verkaufsstelle besonders beliefert.

Wilsdruff, am 9. Juli 1919.

Der Stadtrat - Kriegswirtschaftsabt.

Erzbergers Programmrede.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Festschrift wird vom 1. August ab auf 150 Gramm pro Woche erhöht.
- * Die Pariser Blätter veröffentlichen eine Liste der von Deutschland auszureisenden Personen.
- * Der deutsche Staatsaudschuss hat der Ratifikation des Friedensvertrages zugestimmt.
- * Das Reichswirtschaftsamt hat eine Denkschrift über die in Aussicht genommene Planwirtschaft veröffentlicht.
- * In Hannover kam es infolge parteilicher Wuttsche in schweren Straßenkämpfen.
- * Der Eisenbahnerstreik in Hannover ist erloschen. Im allgemeinen flaut der Streik ab.
- * In München begann der Prozess gegen die Kommunisten Mühlam, Wabler und Genossen.

Auch Hindenburg?

Gerade noch im letzten Augenblick, bevor die Nationalversammlung ihr schicksalsschweres Ja vom 22. und 23. Juni durch Ratifizierung des Pariser Friedensvertrages bekräftigen soll, kommt aus Paris die Nachricht, daß neben dem Kaiser und dem Kronprinzen auch Hindenburg und Ludendorff auf die Auslieferungsliste der Entente gesetzt worden sind. Ober vielmehr: der Franzosen. Denn das Auslieferungsgesetz ist ja nicht etwa von einem Gesamtbeschluss unserer Gegner abhängig gemacht, sondern jeder einzelne von ihnen kann diejenigen Deutschen bezeichnen, die er vor Gericht gestellt zu sehen verlangt, und diesem Verlangen hat dann die deutsche Regierung ohne weiteres Folge zu leisten. Da es in diesem Fall der „Temps“ ist, der die Namen unserer obersten militärischen Führer in diesem Zusammenhang nennt, so weiß man natürlich sofort Bescheid: Herr Clemenceau ist es, dessen Nachgedruckt sich auch an Hindenburg fügen möchte, dem die planmäßigen Bestrebungen im nördlichen Frankreich beim großen Rückschlag hinter die Somme zur Last gelegt werden. Möglich, daß diese Meldung zunächst nur ein Scherzstück sein soll, dazu bestimmt, die öffentliche Aufmerksamkeit in Deutschland von anderen Dingen - und Personen abzulenken.

Es hat Leute bei uns gegeben, die da sagten, wir sollten den Auslieferungspartagaphen des Friedensvertrages nur nicht tropisch nehmen; den Engländern sei es nur darum zu tun, daß wir ihn unterschrieben, aber ihn dann auszuführen, dazu seien sie ja viel zu klug. Es würde ihnen gar nicht einfallen, den Kaiser z. B. wirklich vor Gericht zu stellen oder den Kronprinzen. Und tauchend sei gegen eins zu wetten, daß sie nicht im entferntesten daran dächten, sich an Hindenburg zu vergreifen, weil sie nur zu gut wüßten, wie sehr sie damit die Stimmung des ganzen deutschen Volkes, ohne Unterschied der Parteien, gegen sich aufbringen würden. Schlechtere Prophezeien hat es wohl niemals gegeben. Nach dem Kaiser lebten sie ordentlich schon in London, und Lord George hat deutlich genug zu erkennen gegeben, daß er auf das Schauspiel, ihn seinen Wählern als Angeklagten vorzuführen, unter keinen Umständen verzichten will. Jetzt wird Hindenburg zur Diskussion gestellt. Ist er allen Deutschen gleich teuer, um so besser, um so schmerzhafter der Waid, der mit seiner Bestrafung und Auslieferung in unser Reich eingeht wird. Hindenburg selbst ist bereits darauf gefaßt, daß man ihn nicht anders behandeln möchte als seinen obersten Kriegsherrn, für den er sich eben auch in einem Brief an Marshall Foch mit seiner ganzen Person opferfreudig eingekleidet hat. Und es entspricht ganz und gar

dem abgeklärten Wesen seiner Persönlichkeit, wenn er die bejorgten Göttinger Studenten mit den einfachen Worten zu beruhigen suchte: was liegt daran, wenn die Entente mich alten Mann zur Rechenschaft ziehen wollte - würde sie einen Soldaten mehr an die Wand stellen, was ist damit groß getan oder bewiesen? In der Tat, was wäre damit bewiesen? Doch höchstens, daß unsere Feinde die besten deutschen Männer vernichten wollen, aus Furcht, daß ihre Stimme gegen sie und ihr Werk, gegen den Schwandvertrag von Versailles und gegen das uns aufgezwungene Schuldbekenntnis zeugen könnten. Will man doch auch die Generale, Falkenhayn und v. Einem, Heeringen und Klud, Madenjen und Liman v. Sanders, die Admirale v. Tirpitz und Capelle, Hipper und Scheer, unsere Seehelden Müde und Graf Dohna vor Gericht zetzen, und neben Herrn v. Bethmann Hollweg die Staatssekretäre v. Jagow und Zimmermann und Dr. Helfferich, und neben Walter Rathenau, den Organisator unserer Volkswirtschaft, auch den Geheimrat Kernst, der als Erfinder des „deutschen“ Gastkrieges bezeichnet wird, als ob es nicht auch einen französischen und einen englischen und vor allen Dingen einen amerikanischen Gastkrieg gegeben hätte. Diejenigen, als die Vereinigten Staaten noch gar nicht in die Reihe unserer Feinde eingetreten waren. Kurzum, sie wollen - soweit die bisher in die Öffentlichkeit gelangten Nachrichten erstattet zu nehmen sind - die Haupter unserer Kriegsführung treffen und besonders diejenigen, denen wir es zu danken haben, daß wir uns so lange gegen eine erdrückende, ja gegen eine beschämende Übermacht behaupten konnten. Die sollen jetzt dafür büßen - eine Schuldbildung als Vorwand für das Auslieferungsgesetz ist natürlich jeden Augenblick zu finden. Auf diese Weise läßt sich das Kriegsspiel in mehr oder weniger annähernder Weise bis in die Unendlichkeit fortsetzen. Es wäre höchste Zeit, daß auch das deutsche Volk sich darüber etwas mehr Gedanken machte, als es bisher der Fall zu sein scheint.

Dr. Sy.

Die Anklageliste.

Es verläutet, daß bis jetzt 167 Personen auf der Auslieferungsliste der Entente stehen, an ihrer Spitze der Kaiser, dann folgt der Kronprinz. Von höheren Offizieren sollen zur Auslieferung verlangt werden: Hindenburg, Ludendorff, Rupprecht von Bayern, General v. Bälou, Baron von der Landen, v. Manteuffel, Falkenhayn, v. Einem, Deerington, v. Klud, Madenjen, Deleer, Liman von Sanders, Falkenhayn, der als Billings Nachfolger Gouverneur von Belgien war, und u. a. General v. Deimich, der frühere Gouverneur von Lille. Aus den Kreisen der Marine werden Tirpitz, Capelle, Hipper, Scheer, Müde, Graf Dohna, der Kommandant der „Blücher“ und u. a. noch 63 U-Bootskommandanten gefordert. Von Staatsmännern soll die Auslieferung v. Bethmann Hollweg gefordert werden. Ferner die Staatssekretäre des auswärtigen Amtes v. Jagow und Zimmermann, sodann der frühere Staatssekretär Helfferich, wegen dessen Propaganda für den U-Bootskrieg. Den Schluss der auf der Liste der Auszuliefernden bilden dann einige Prinakente. An ihrer Spitze steht Reulink, den der Verband als Ratgeber des Generalquartiermeisters Ludendorff bei der Vernehmung der belgischen und französischen Industrie anführt. Einzelne wünschen auch Walter Rathenau und Geheimrat Kernst vor Gericht gestellt zu sehen. Rathenau soll als Organisator des deutschen Kriegswirtschafts der deutschen Heeresleitung den Rat gegeben haben, aus belgischen Fabriken Maschinen und alles für Deutschland verwendbare Material herauszuliefern. Geheimrat Kernst gilt beim Verband als der Erfinder des deutschen Gastkrieges. Andere Angaben sprechen von 3000 Namen auf der Auslieferungsliste.

Deutsche Nationalversammlung.

60. Sitzung. Weimar, 8. Juli. Ein schleuniger Antrag auf Einstellung des Gerichtsverfahrens gegen Eickhorn während der Dauer der Session wird der Geschäftsordnungskommission überwiesen. Es folgt die Beratung der Steuergelebe und als Einleitung dazu Erzbergers Programmrede.

Der neue Reichsfinanzminister sagt, der Weltkrieg sei der erfolgreichste Schrittmacher der Weltrevolution. Vor allen Dingen brauche Deutschland jetzt viel Kredit. Die Reichsregierung auf Annulierung der Kriegsanleihen oder zur völligen Bankrotterklärung mache er nicht mit. Etwa 90% der Zeichner der Kriegsanleihen seien keine Leute mit Zeichnungen unter 5000 Mark. Diese hätten rund 25 Milliarden gezahlt. Außerdem seien aber die kleinen Leute noch infolge der Zeichnungen der Sparcassen usw. beteiligt. Die Einnahmen des Reiches müssen um 90% gesteigert werden, die der Einzelstaaten und Gemeinden um vielleicht 100%. Solche Maßnahmen erfordern neue Maßnahmen, neue Organe, neue Ideen. Auscheiden muß aus unseren Erörterungen das früher oft gesprochene Wort von einem Gegenstand der finanziellen Interessen von Reich und Einzelstaaten, von Staat und Gemeinden. Es erhebt sich die dringende Frage: Können wir den Friedenbedarf der Zukunft aufbringen? Wir müssen den Bedarf einfach aufbringen. Das Wort: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, müsse der Grundtat der neuen deutschen Republik sein. Arbeit ist wahre Vaterlandsliebe. Nur eine Stellung gibt es für unser Volk: Mit schwerer Arbeit rüchwärts blickend, vorwärts schauen. Gerechtigkeit, Arbeit und Vaterland müssen der helltännde Dreifaltigkeit sein, der das neue Deutschland einträut und dadurch höhere Zeiten anläutet!

Die Reichsverfassung.

Weimar, 8. Juli.

Die einzelnen Paragraphen des Verfassungswerkes werden weiter eingehend durchberaten. Wessern war es vor allem der Artikel 74, der eine lebhafteste Erörterung hervorrief. Er handelt von Referendum und Initiative. Sie sind mit deutschen Worten als „Volksentscheid“, bzw. als „Volksbegehren“ ausgedrückt. Nach längeren Auseinandersetzungen kam der Artikel zur unversänderten Annahme, ebenso auch die Artikel 75 und 76. Nach Artikel 75 steht dem Reichsrat gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze der Einspruch zu mit der Wirkung, daß das Gesetz dem Reichstag zur nochmaligen Beschlussfassung vorgelegt ist. Kommt hierbei keine Abereinstimmung zwischen Reichstag und Reichsrat zustande, so kann der Reichspräsident einen Volksentscheid anordnen; andernfalls gilt das Gesetz als nicht zustande gekommen. Nur wenn der Reichstag mit zwei Drittel Mehrheit den Einspruch des Reichsrates verworfen hat, hat der Präsident nur die Wahl, das Gesetz in der vom Reichstag beschlossenen Fassung binnen drei Monaten zu verkündigen oder einen Volksentscheid anzunordnen. Artikel 76 behandelt die Verfassungsänderungen. Nach der alten Reichsverfassung Artikel 78 erfolgten sie im Wege der gewöhnlichen Gesetzgebung, so daß im Reichstag die einfache Mehrheit genügte, nur galt die Veränderung als abgelehnt, wenn sie im Bundesrat 14 Stimmen gegen sich hatte. Nach der neuen Verfassung können Änderungen nur beschlossen werden, wenn wenigstens zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliedszahl des Reichstages anwesend sind und von den Anwesenden wenigstens zwei Drittel zustimmen. Bei der Beratung der „Reichsverwaltung“ interessiert besonders Artikel 88, wonach Post- und Telegraphenwesen ausschließlich der Reichszuständigkeit unterworfen sind. Das ganze Gebiet mit Einschluß der Postwertzeichen ist danach nunmehr vereinheitlicht. Auch § 97

des Entwurfs, der die Verwaltung der Wasserstraßen der Zuständigkeit des Reiches zuweist, wurde unverändert angenommen.

Damit tritt in der Beratung des Verfassungsentwurfs zunächst eine Pause ein. Zunächst werden die Steuergeetze und am Mittwoch die Ratifikation des Friedens beraten.

Straßenkämpfe in Hannover.

Beendigung des Eisenbahnstreiks.

Hannover, 8. Juli.

Die gestern abend auf dem Bahnhof eingetroffenen Truppen wurden von dem Gefolge tödlich angegriffen, welches versuchte, ihnen die Waffen abzunehmen, worauf die Truppen von der Waffe zur Selbstverteidigung Gebrauch machen mußten. Leider sind dabei einige Tote und Verwundete zu beklagen.

Die Truppen waren zum Schutze der Eisenbahnanlagen nach Hannover gezogen worden, nachdem verschiedentlich Anschläge gegen den Verkehr stattgefunden hatten.

Tumulte der Spartakisten.

Nachdem bekanntgeworden war, daß die Eisenbahner beschlossen hatten, am Dienstag früh die Arbeit wieder aufzunehmen, brach eine wilde spartakistische Meute aus. Nach einzelnen Gewalttaten auf dem Ernst-August-Platz zog eine Anzahl von Spartakisten nach dem Schloß und holte dort Gefangene heraus. Hierauf zog die Menge vor einige Polizeireviere, um dort nach Waffen zu suchen und schließlich nach dem Militärgerichtsgefängnis, wo ihr die Wache die Waffen ohne Widerstand überließ. Hierauf erzwangen sie den Einlass und befreiten sämtliche Gefangene. Die Gerichtskisten wurden verbrannt. Rumore begab sich der Mob nach dem Bellenberggefängnis, wo ihm Reichswehrtruppen und Schutzleute entgegentraten. Es entwickelte sich ein Feuergefecht, das mehrere Tote und Verwundete forderte. Schließlich ergriß die Menge die Flucht. Heute vormittag ist der Belagerungszustand über Hannover verhängt worden.

Allgemeine Stimmung gegen den Streik.

Wie in Hannover, so haben sich auch in Magdeburg nach einer kürzlich verlaufenen Sitzung die Eisenbahner gegen den Ausbruch erklärt. In Hamburg ist zwar eine einfache Mehrheit für den Streik, doch verlangen die Delegierten eine Zweidrittelmehrheit, die nicht vorhanden sein wird. In Garburg (Elbe) ruht dagegen der Verkehr vollständig. Im allgemeinen darf festgestellt werden, daß die Stimmung gegen einen allgemeinen Streik sich verstärkt.

Der Berliner Verkehrsstreik.

— Drohungen der Gasarbeiter. —

Berlin, 8. Juli.

Die Lage im Berliner Verkehrsstreik war auch am Dienstag unverändert. Die Streikenden der Straßenbahn scheinen inzwischen einzusehen, daß sie einen Vertragsbruch begangen haben, denn sie suchen jetzt ihre Vorzüge damit zu entschuldigen, daß sie als juristisch nicht geschulte Arbeitnehmervertreter sich der Schwere des Vertragsbruches nicht bewußt gewesen wären. Einzelne Straßenbahner haben sich bereits zum Dienst gemeldet, doch ist von ihrem Angebot kein Gebrauch gemacht worden. Eine Versammlung des Fahrpersonals beschloß, im Streik zu verharren. Ebenso entschied eine Versammlung der Hochbahner. In ein kritisches Stadium droht jetzt der Streik zu rücken, da die Arbeiter der Gasbetriebsgesellschaft mit Arbeitseinstellung drohen, wenn nicht bald eine Einigung dem Verkehrsstreik ein Ende macht. Der Großberliner Bürgerrat fordert in einem öffentlichen Anschlag die Verkehrs-Gesellschaft auf, den Streikenden ein Ultimatum zu stellen.

England der Gefangenwärter Europas

Der Kampf um Wilhelm II.

London, 8. Juli.

In der Presse werden Stimmen gegen die gerichtliche Verfolgung des früheren Deutschen Kaisers laut. Es wird die Frage aufgeworfen, ob es ratsam sei, einen formellen Prozeß gegen ihn zu führen, und ob es verständlich wäre, ihn zu einem Märtyrer zu machen. „Daily News“ meint, daß der Verlust des Thrones schon Strafe

genug sei. Der frühere Auslandsredakteur der „Times“, Sir Valentine Chirol, schreibt, daß die preussischen Junker die Gelegenheit benützen würden, um den Kaiser der Vergehen zu entlasten. Andere betrachten London nicht als den geeigneten Ort für den Prozeß. Gibson Bowles schreibt: „Nur England der Gefangenwärter von Europa sein? Sankt Helena und Scapa Flow sind keine Entlastung dafür.“ „Evening Standard“ schreibt: Jeder ehrliche vorurteilsfreie Mann sei von der Schuld des früheren Kaisers überzeugt; warum sich nicht damit begnügen und kurzen Prozeß machen? Die Welt hat wichtigeres zu tun. Das Blatt wünscht eine genaue Untersuchung der in Betracht kommenden Dokumente, der das Urteil auf dem Fuße folgen müsse. Die Anwesenheit des Angeklagten sei nicht notwendig. Trotz dieser Anklagen herrscht in gut unterrichteten Kreisen die Ansicht, daß der Prozeß dennoch stattfinden wird.

Neue Verständigung.

Eröffnung der Telegraphenverbindung Berlin—Mailand.

Die unmittelbare Fernschreibverbindung Berlin—Mailand ist seit einigen Tagen wieder in Tätigkeit. So wird aus Basel gemeldet, daß als unterrichtet gelten muß, denn der Draht Berlin—Mailand führt über Basel. Damit hat einer unserer Kriegsgegner die unmittelbare Verständigung durch die neuzeitlichen Verkehrsmittel mit uns wieder aufgenommen.

Die Hauptstadt des Deutschen Reiches hatte auf dem Gebiete dieser Verkehrsmittel dank ihrer Lage im Herzen Europas die erste Stelle inne. Der Fernschreib- und Fernsprechverkehr des Westens Europas mit dem Osten, des Südens unseres Erdteils mit dem Norden vollzog sich über sie. Berlin war der Hauptmittelpunkt dieser Verständigung. Es war in dem Europa überspannenden Drahtnetz der Knotenpunkt, in dem die meisten Drähte zusammenliefen. Nach Osten war Berlin unmittelbar mit Petersburg, Moskau und Odessa verbunden. Aber Odessa vollzog sich der telegraphische Verkehr mit Teheran und weiter mit Hindien. London gab seine Drohungen für Kalkutta nach Berlin, von wo sie nach Odessa oder gar nach Teheran gegeben wurden, um von dort nach Indien telegraphiert zu werden. Diese unmittelbaren Fernschreibverbindungen bestehen darin, daß der Beamte, der in Berlin die Fernschreibvorrichtung bedient, und der Beamte, der in Odessa oder Teheran diesen Dienst wahrnimmt, gleichzeitig miteinander arbeiten. Der Berliner drückt auf die Tasten und im nächsten Augenblicke erhält der Beamte in Odessa oder Teheran auf einem schmalen Streifen in Buchstaben die zu beidernde Mitteilung.

Ob der Fernschreibverkehr des europäischen Westens mit Asien, mit Indien, mit China und Japan auch künftig sich über Berlin vollziehen wird, ist einstweilen fraglich. Selbstverständlich ist es dagegen, daß Berlin, sobald die Verhältnisse sich wieder geordnet haben, mit Petersburg, Moskau, Odessa und anderen russischen Städten wieder drähtlich verbunden sein wird. Während des Krieges hat nicht nur ein äußerst lebhafter Fernschreib-Verkehr mit verschiedenen russischen Orten, zum Beispiel mit Wladiwostok, bestanden. Aber dieser Verkehr diente nur amtlichen Zwecken. Bis zum Ausbruch des Krieges gab es, von einigen Grenzorten abgesehen, keinen Fernschreib-Verkehr Berlins mit russischen Städten. Mit Petersburg, Moskau und anderen russischen Verkehrsmittelpunkten war diese Einrichtung geplant, und sie wäre ohne Zweifel geschaffen worden, wenn nicht der Krieg alles unterbrochen hätte. Später wird und muß es zu einer solchen neuzeitlichen Verständigung kommen. Nach Südosten hin war Berlin mit Wien, Ofen-Best, Bukarest, Sofia und Konstantinopel drähtlich verbunden. Mit den Hauptstädten Österreichs, Ungarns und Rumaniens konnte man vor dem Kriege schon telephonisch verkehren. Während des Krieges hat man auch mit den Hauptstädten Bulgariens und der Türkei gesprochen. Von diesen Verbindungen besteht einstweilen nur die mit Wien. Es ist aber anzunehmen, daß sie, ist erst einigermaßen Ruhe eingetreten, wieder hergestellt werden. In südlicher Richtung stand Berlin mit den Hauptstädten der Schweiz und mit Mailand und Rom in unmittelbarem Fernschreibverkehr. In den letzten Jahren vor dem Kriege gab es mit Mailand und Rom auch Fernsprechverkehr.

Die Wiederaufnahme dieser Verbindungen ist augenscheinlich nur noch eine Frage kurzer Zeit. Mit der Schweiz waren sie nie ganz unterbrochen und mit Italien leben sie jetzt, wie die Inbetriebsetzung der Linie Berlin—Mailand, wenn auch einstweilen nur für den Fernschreibdienst, beweist, wieder auf. Nach Westen hin unterhielt Berlin Fernschreib- und Fernsprech-Verkehr mit Amsterdam und Rotterdam, mit Brüssel, mit Paris, Marseille usw. Mit London bestand nur unmittelbarer Fernschreibdienst. Einen befriedigenden Fernsprech-Verkehr zwischen Berlin und London zu erzielen, hatte ungeduldet jahrelanger beständiger Versuche nicht glücken wollen. Diese Schwierigkeiten werden aber überwunden werden. In Zukunft wird es zwischen Berlin und den soeben genannten Städten wieder Fernschreib- und Fernsprechverkehr, mit Holland hat er wie mit der Schweiz überhaupt nicht geruht, geben. Ebenso ist der drähtliche Verkehr mit den Hauptstädten der drei skandinavischen Staaten, die ebenfalls neutral geblieben sind, zwar beschränkt, aber nicht unterbrochen geblieben.

Jedenfalls wird Berlin auch in Zukunft wieder ein Hauptmittelpunkt für rasche und umfassende Verständigung, den Begriff wörtlich genommen, sein. Ob mit dieser Tätigkeit eine Verständigung im übertragenden Sinne verbunden sein wird, müssen die Zeiten lehren. Das goldene Zeitalter, in dem alle Menschen sich als Brüder fühlten, wird sobald nicht abbrechen. Aber, um zur Verständigung zu gelangen, muß man sich durch den Draht verständigen können. Der Anfang damit ist gemacht.

August Storm.

Politische Rundschau.

Keine Auflösung des Reichskolonialamtes. Wiederholt ist die Meldung durch die Presse gegangen, daß das Reichskolonialamt unmittelbar vor der Auflösung steht. Wie verlautet, eignen diese Nachrichten zum mindesten Tatsachen vor. Das Reichskolonialamt hat noch eine Reihe wichtiger Aufgaben zu lösen. Zudem sollen Verhandlungen schweben, das Reichskolonialamt als Behörde bestehen zu lassen und ihm nur einen anderen Pflichtenkreis zuzuteilen.

Die neuen Umsatzsteuern. Wie verlautet, ist in dem im Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die neue Umsatzsteuer eine Erhöhung des Steuerfußes von 0,5 % auf 1 % vorgesehen. Bei der Finanzlage des Reiches genügt aber die Verdoppelung noch nicht; vielmehr wird beim Übergang in den Kleinhandel mit noch wesentlich höheren Sätzen zu rechnen sein. Entsprechend der allgemeinen Erweiterung des Kreises der umsatzsteuerpflichtigen Waren soll auch die Liste der der Umsatzsteuer unterliegenden Gegenstände eine erhebliche Erweiterung erfahren.

Großbritannien.

Wiederaufnahme der Beziehungen zu Deutschland. Im Unterhaus teilte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Hornsworth mit, die englische Regierung beabsichtige, nach der Ratifikation des Friedens sogleich die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland wiederherzustellen. Ein Datum könne er noch nicht angeben, da die Frage noch in Erörterung sei.

Wien. Wie das ukrainische Pressebüro meldet, stehen die Ukrainer unter General Petliura in erfolgreichem Kampf mit den Bolschewiken vor Krem.

Die neuen Postgebühren.

Die allgemeine Finanznot unserer Verkehrsämter hat uns vom 10. Juli ab eine ganz beträchtliche Erhöhung der Postgebühren gebracht. Die hauptsächlichsten Sätze lauten von jetzt ab:

Briefbestellgebühren: Bei Postämtern I. für Pakete bis 5 Kilogramm einschließlich 30 Pfennig, für schwerere 40 Pfennig; bei den übrigen Postanstalten 20 bzw. 30 Pfennig. Wenn mehr als ein Paket zu einer Paketart gehört, tritt eine Gebührenermäßigung nicht mehr ein.

Bestellgebühren für Werchleze: bis 1500 Mark 10 Pf., bei mehr als 1500 Mark 20 Pf.; für Postanmeldungen: im Orts- und Landbestellbezirk 10 Pf.

Landbestellung: für Pakete bis 2½ Kilogramm einschl. 20 Pfennig, für schwerere 40 Pfennig.

Bestellung durch Eilboten: 1. Für jede Briefsendung, jede Postanmeldung, Paketkarte, jeden Wertbrief, Ablieferungs-

54

Die Polarhexe.

Roman aus Spitzbergen. Von Anny Wolke.

Nachdruck verboten. Copyright 1915 by Anny Wolke, Leipzig.

Dann aber setzten wieder wilde Schneestürme und Nordwind ein, die jedes Weiterkommen erschwerten.

Osten wurde meist in den Bettenschlitten verladen.

Der Nordfjord wurde nach unsäglichen Mühen erreicht. Aber der Eisfjord, den man von hier aus übersehen konnte, war stellenweise aufgebrochen, und erst nach dreitägigem Umwege konnte man sich über die Fläche des Eisfjordes wagen. Dann wieder durch enge Schluchten heraus und hinab, an einem steilen Gletscherabbruch vorbei, wo massenhaft herabgestürzte Eisblöcke den Weg versperrten. Alle waren so erschöpft von den Mühen des Tages, daß der Prinz befahl, schon früher als sonst zu rasten.

Die Zelte wurden aufgeschlagen, und während der Schneesturm über das Lager der Forscher mit wildem Jauchem hinsuhr, fragte Christabel:

„Wo ist denn nur Maud?“

Maud? Keiner wußte es. Alle sprangen erschreckt auf, alle kürzten aus den Zelten, Christabel und Effie Sörnsen allen voran. Der Sturm tobte durch das Gletschertal. Man konnte vor Schneegestöber kaum die Hand vor den Augen erkennen. Banges Rufen erschütterte die Luft, aber nur das Echo gab Antwort und das Heulen des Windes.

Leidenschaftlich trieb Christabel die Männer auf die Suche nach Maud, die sich gewiß verirrt hatte. Zwei Tage forschte man in fieberndem Eifer nach der Vermissten, aber nirgends fand sich eine Spur.

Christabel war ganz außer sich; der entsetzliche Gedanke, daß Maud vielleicht herumgeirrt, erfroren oder verhungert sei, machte ihr Herz erbeben, und alle Trostgründe der Männer galten ihr nichts.

Endlich, als man am dritten Tage die Zelte abräumte, brachte Effie Sörnsen Christabel einen Zettel.

Mit harren Augen las Christabel das schmutzige Blatt, das in großen Buchstaben die mühselig nieder-

geschriebenen Worte trug: „Maud geht zu Mister. Maud will auch schlafen. Schöne Mißis soll wach sein und froh — und glücklich. Maud tut das Herz so weh.“

Heiß schluchzte Christabel auf:

„Sie ist freiwillig in den Tod gegangen, die arme, kleine Polarhexe mit dem großen Herzen — und ich —“

Effie Sörnsen sagte tröstend Christabels Hand.

„Rühren Sie mich nicht an!“ schrie Christabel dem Norweger entgegen. „Sehen Sie nicht, das armeneliche Kind dieses wilden Landes ist viel, viel besser als ich. Sie konnte für ihre Liebe sterben — eine Liebe, die anderen Sünde schien — und ich — ich lebe, lebe und —“

Sie brach jäh ab. Krampfhaftes Weinen erschütterte ihren Körper. Innig sprach Effie Sörnsen zu ihr:

„Sie haben noch Pflichten zu erfüllen, Frau Christabel, und Maud hatte niemand auf der ganzen weiten Welt.“

Christabel sah erregt zu ihm auf. Dann wandte sie sich und trat zu den Schlitten. Auf der noch dreitägigen Reise sprach sie kein Wort mit Effie Sörnsen. Und er ließ sie still gewähren. Er suchte sie nicht.

Noch ein letzter, beschwerlicher Anstieg, der alle Kräfte der Erschöpfung bis aufs äußerste anspannte, noch eine letzte, herrliche, tausende Talsahrt, und Longyear-City an der Advent-Bai war erreicht.

Alle vermochten es kaum zu fassen, daß es Wirklichkeit ist, daß man gerettet war.

Ein Teil der Expedition, auch der Prinz, ging weiter nach Green Harbour, Christabel, Effie Sörnsen, der Arzt und der fangmann blieben in der Advent-Bai.

Christabels tiefe Schwermut wandelte sich in Ergebung und Dank, daß sie frohe Botschaft von daheim in Händen hielt, so schmerzlich sie es auch empfand, daß sie so bittere Kunde heimsenden mußte zu ihrem Kinde.

Durch drähtlose Telegraphie hatte ja überhaupt schon die ganze Welt von ihrem Unglück erfahren, und die Ihren aus Ungewissheit und Bangen zu befreien, war ihr erster Gedanke. Da hörte sie, daß der Prinz schon alle nötigen Schritte getan.

Überallhin war die Kunde gegangen, daß alle Mit-

glieder der Expedition bis auf Dobringer und Herdegen wohl und geborgen seien.

Auch der Kapitän, den man in der Advent-Bai traf, hatte sich wieder hochgerappelt. Er wollte hier auf seinen ersten Offizier und die Matrosen warten, die, so lange es ging, auf dem „Geier“ anhielten und dann in dem schwedischen Stationshause untergekommen waren, bis die Expedition des Prinzen nach der Treurenberg-Bai kam, um sie nach der Trost-Bai mitzunehmen.

Sie wollten Christabels Koffer mitbringen, den der Prinz fürsorglich vom Schiff hatte holen lassen, um Christabel damit eine freundige Ueberraschung zu bereiten.

Der „Geier“ lag, wie der Prinz berichtete, vollständig im Eise fest, und es war kaum anzunehmen, daß man ihn vor dem Sommer abbringen konnte.

Auch in Deutschland hatte sich inzwischen schon eine Hilfsexpedition gerüstet. Von allen Seiten flogen Telegramme warmer Anteilnahme und Anerbieten zu tatkräftiger Hilfe nach Spitzbergen.

Christabel hatte für alles nur ein müdes Lächeln. Nun kam alle Hilfe zu spät, ihrem armen Miß, dem freundlichen Mauer, dem Matrosen und der unglücklichen Maud konnte niemand mehr helfen, und die Anderen waren fürs erste hier in der Advent-Bai wohl geborgen.

Nah dem kleinen Häuschen, in dem Christabel jetzt wohnte, hauste Effie Sörnsen mit seinem treuen fangmann, dem Arzt und dem Leutnant. Aber sie sahen sich nur wenig. Wie eine Mauer war es zwischen ihnen. Christabel arbeitete und schrieb. Ging sie aus, so geschah es meist, wenn sie die Männer auf Jagd oder auf Erkundung wußte.

Sie wollte allein sein mit ihren Gedanken.

So schwanden die Wochen. In der ganzen kleinen Bergwerksiedlung Longyear-City herrschte fieberhafte Erwartung. Tagtäglich harrierten ein paar hundert Männer, Frauen und Kinder, die hier überwintert hatten, auf den ersten Dampfer.

(Fortsetzung folgt.)

Wien im Ortsbestellbezirk 50 Wienig, im Landbestellbezirk 1 Mark, im Landbestellbezirk des Aufgabepostortis die wöchentlich ermahnten Posten, mindestens 50 Wienig, 2. Für jedes Paket im Ortsbestellbezirk 75 Wienig, im Landbestellbezirk 1,50 Mark. Trägt ein Votum gleichzeitig mehrere Entsendungen an denselben Empfänger ab, für die die Gebührgelöhne nicht vorher bezahlt worden sind, so werden erhoben: a) wenn nur Briefsendungen vorliegen, für die erste der volle Satz, für jede weitere nur 20 Wienig, b) wenn nur Pakete vorliegen, für jedes mindestens 75 Wienig, c) wenn Briefsendungen und Pakete zu bestellen sind, der Votenlohn für die Pakete nach b und für jede Briefsendung 20 Wienig. Xp-Gebühr für Telegramme: Die für Abtragung auf Land vorauszahlende Xp-Gebühr für Telegramme ist von 40 Wienig auf 1 Mark erhöht worden.

Bestellgebühr für Zahlungsverweigerungen: Bis 1500 Mark 10 Wienig, über 1500 bis 2000 Mark 20 Wienig. Für die Landbestellung werden künftig Zahlungsverweigerungen bis 1000 Mark (bisher 800 Mark) zugelassen.

Vom 1. Oktober ab werden auch die Zeitungsbezieher in Anspruch genommen, denn von dem Tage ab werden gefordert: 5 Wienig für seltener als wöchentlich einmal abzutragende, 6 Wienig für wöchentlich einmal abzutragende Zeitungen, 6 Wienig für jede weitere Abtragung, 5 Wienig für amtliche Beordnungsblätter.

Neueste Meldungen.

Das Reichskabinett gegen die Planwirtschaft.

Vor dem Rücktritt Bissels.

Weimar, 8. Juli.

Ministerpräsident Bauer und die Mehrheit des Kabinetts sind mit der von Bissel beabsichtigten Planwirtschaft in dieser Form nicht einverstanden. Der Ministerpräsident will die Zwangswirtschaft zielbewusst ausführen, damit dem freien Handel wieder ein größerer Spielraum gelassen werde; ferner soll die Tätigkeit der Kriegswirtschaften eine systematische Einschränkung erfahren und bis auf das zulässigste Mindestmaß abgebaut werden. Vor allem sollen die vorhandenen Vorräte der sofort der Industrie zugeführt werden, ebenso sollen die verfügbaren Lichte dem Handel übergeben werden, bis auf eine Einschränkung insofern, als die Rückführung auf die minderbemittelten Klassen es erfordert. Da sich aber Bissel zu vollständig auf seine Planwirtschaft festgelegt, dürfte der Rücktritt des Ministers nur noch eine Frage der Zeit sein.

Erhöhung der Eisenbahnpreise.

Weimar. Wie verlautet, befindet sich unter den anstehenden Finanzreformprojekten auch eine Erhöhung der Eisenbahntarife sowohl für den Personen- als auch für den Güterverkehr. Diese Tarifserhöhung dürfte, solange die Reichseisenbahndarlehen, wie sie in der Verfassung festgelegt ist, noch nicht bewilligt ist, in Form einer Reichsabgabe erhoben werden.

Ansbesserung der Beamten.

Weimar. Der Deutsche Beamtenbund, in dem mehr als 1 1/2 Millionen Beamte organisiert sind, hat eine Kommission nach Weimar entsandt, um mit dem Reichsministerium über die Forderungen der Beamten zu verhandeln. In einer Vortragsrede, an der sämtliche Reichsminister erschienen waren, erklärte Reichsminister des Innern Daub, daß die unangenehme Bemerkung des Einkommens der Beamten nicht beseitigt werden könne und daß sie mit einer Herabsetzung der Preise in der Hand geben müsse. Darauf teilte Reichsfinanzminister Erberger mit, daß die Regierung sich entschlossen habe, außer den 1 1/2 Milliarden, die zur Herabsetzung der Lebensmittelpreise verwendet werden sollen, noch 500 Millionen auszuwerfen, um auch die Preise für alle Bedarfsmittel herabzusetzen zu können und so weiter zur Erleichterung der Lebensbedingungen beizutragen. Ministerpräsident Bauer kündigte darauf noch an, daß die Beamten in der nächsten Zeit, wahrscheinlich Anfang oder Ende September, eine neue Teuerungszulage, die allerdings die Höhe der früheren Zulagen nicht erreichen würde, zu erwarten hätten.

Chemnitz. Die Zimmermann-Werke A.G. hat ihren sämtlichen 800 Angestellten zu Ende Juli gekündigt. Die Kündigung bleibt aufrechterhalten, falls weiter mit Unterbillung gearbeitet wird.

Wien. Wie wir hören, besteht die Möglichkeit, daß Graf Brockdorff-Rantzau als Nachfolger des Grafen Welzel zum deutschen Vorkämpfer in Wien ernannt wird.

Büch. „Secolo“ meldet, daß der Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen in Italien, die an der Zahl 70 000 Mann betragen, am 26. Juli beginnt.

Brüssel. Die belgische Eisenbahnverwaltung hat die notwendigen Maßnahmen zur Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen getroffen. Zahlreiche Kriegsgefangenen sind bereits nach Sammelplätzen für die Heimbeförderung geschafft worden.

Legte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Das Gesetz über den Friedensschluss.

Berlin, 8. Juli. (tu.) Der Entwurf eines Gesetzes über den Friedensschluss zwischen Deutschland und den verbündeten Mächten, welcher der Nationalversammlung zugegangen ist, hat folgenden Wortlaut:

Artikel 1. Dem am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrag zwischen Deutschland und den verbündeten und assoziierten Mächten und dem dazu gehörenden Protokoll, sowie der am gleichen Tage unterzeichneten Vereinbarung über die militärische Besetzung der Rheinlande wird zugestimmt. Der Friedensvertrag, das Protokoll und die Vereinbarung werden nachstehend folgen.

Artikel 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Baron Leroner zum deutschen Geschäftsträger in Paris ausersehen.

Genf, 9. Juli. (tu.) Wie das „Journal“ aus wohlunterrichteten Kreisen vernimmt, glaubt man die Ernennung des Baron Leroner zum Geschäftsträger der Deutschen Delegation in Versailles dahin deuten zu dürfen, daß Baron Leroner zum deutschen Geschäftsträger in Paris ernannt wird.

Der Rücktritt Bissels wahrscheinlich.

Weimar, 9. Juli. (tu.) In der gestrigen Kabinettsitzung ist Wirtschaftsminister Bissel mit seiner Planwirtschaft völlig einsam geblieben. Für seine Auffassung erhob sich nicht eine Stimme. Der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers ist damit in greifbare Nähe gerückt.

Gründung einer großhessischen Republik?

Berlin, 9. Juli. (tu.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die rheinische Republik des Herrn Dörten tritt mehr und mehr in den Hintergrund, aber eine neue Gefahr für den Bestand des deutschen Reiches, besonders Preußens, ist durch die Propaganda des hessischen Ministerpräsidenten Ulrich, der versucht mit Hilfe der Franzosen und vor allem des Generals Mangin eine großhessische Republik zu gründen, entstanden. Diese

Republik soll das gesamte Großherzogtum Hessen, Rheinhessen, Hessen-Nassau, die Rheinpfalz und das Fürstentum Birkenfeld umfassen. Darmstadt soll Hauptstadt werden. Es ist die allerhöchste Zeit, daß die Regierung energisch Protest gegen diese andauernden Versuche, neue Staaten von Preußen abzuweihen, erhebt.

Warnungen an englische Behörden.

Rotterdam, 9. Juli. (tu.) Aus London wird gemeldet, daß den Behörden mehrere Warnungen zugegangen sind, wonach das Leben Kaiser Wilhelms gefährdet sein soll, sobald dieser durch die Straßen Londons geführt würde.

Der Eisenbahnerstreik in Hamburg gescheitert.

Hamburg, 9. Juli. (tu.) In der gestern nachmittag abgehaltenen Funktionärversammlung des deutschen Eisenbahner-Verbandes, an der sich 147 Funktionäre beteiligten, wurde mit 134 gegen 7 Stimmen bei 6 Enthaltungen eine Resolution angenommen, in welcher die Versammlung erklärt, von einem Ortsstreik Abstand zu nehmen.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für Major Rudolf nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, 9. Juli 1919.

— Sommerfahrplan. Auf der Linie Nossen—Wilsdruff—Potschappel verläßt der erste Zug den Bahnhof Nossen 10 Minuten zeitiger wie bisher. Er fährt von Nossen 9,22 vorm. ab, an Wilsdruff 11,14, an Potschappel 12,15. Die übrigen Züge auf dieser Linie bleiben unverändert.

— Die hohen Löhne zwingen das deutsche Buchgewerbe, im Auslande arbeiten zu lassen. Bei den Verhandlungen, die kürzlich zur Beilegung von Lohnstreitigkeiten im Buchbindergewerbe vor dem Schiedsgericht in Berlin stattfanden, begründeten die Unternehmer ihre ablehnende Haltung gegenüber den Forderungen der Arbeitnehmer zum Teil mit der Absicht der Verleger, unter keinen Umständen die Einbandkosten zu erhöhen. Eine ganze Anzahl größerer Verleger ließ wegen der hohen Löhne in Deutschland ihre Werke jetzt schon im Auslande drucken und binden. Die Unternehmer legten eine ganze Anzahl Verlagswerke vom Leipziger Inselverlag, von Fischer-Berlin, Haessel-Leipzig, des Schriftl. Verlags Steinkopff-Stuttgart u. a. vor, die in der Schweiz, in Holland oder in Dänemark gedruckt und gebunden worden sind. Der Verlag Haessel in Leipzig habe mitgeteilt, daß er 20 Auflagen von G. F. Meyers Werken in der Schweiz habe drucken und einbinden lassen wegen der Schwierigkeiten in Deutschland und der hohen Preise. Im Börsenblatt für den deutschen Verlagsbuchhandel“ sei offen ausgesprochen worden, daß der Verlagsbuchhandel entschlossen ist, die entscheidendsten Maßnahmen gegen ein Fortschreiten auf der Bahn der Lohnserhöhungen zu ergreifen und lieber vorübergehend Opfer zur Abwehr zu bringen, als den dauernden Niedergang des Erwerbes mit zu verschulden.

— Massenauswanderung aus Amerika. Nach einer Meldung der neuen Korrespondenz aus Washington haben sich eine Million dreihunderttausend Nichtamerikaner nach Beendigung des Krieges entschlossen, wieder aus Amerika auszuwandern. Der größte Teil davon wird nach seiner Heimat zurückkehren. In amerikanischen Finanzkreisen erregt die Höhe dieser Zahlen begrifflicherweise erste Beforgnisse, da nach Mitteilungen der Zollbehörden jeder Auswanderer im Durchschnitt zwei bis fünfzehntausend Dollars mit sich führt. Wenn die Abwanderung tatsächlich in diesem Umfange einsetzt, gehen etwa vier Milliarden Dollar, das sind vier Fünftel des vor dem Kriege in den Vereinigten Staaten befindlichen Metall-Geldes, außer Landes. Die Bankwelt hat die Washingtoner Regierung dringend ersucht, entsprechende Maßnahmen zur Verhinderung dieser Geldflucht zu treffen.

— Unsere Gefangenen in Belgien. Dem Landesauschuß der Vereine vom Roten Kreuz in Sachsen ist nachstehende Mitteilung zugegangen: Abgesandte des niederländischen bezw. des spanischen Roten Kreuzes, die seit Ende Mai d. J. in Begleitung eines höheren belgischen Offiziers die Lager- und Arbeitsstätten in Belgien besucht haben, haben festgestellt, daß die Lage der Gefangenen, die im vorigen Winter sehr viel zu wünschen übrig ließ, sich zweifellos seit Frühjahr d. J. erheblich gebessert hat. Auch die Postverbindung, die vor allem zu vielen Klagen Anlaß gegeben hat, arbeitet jetzt von Belgien nach Deutschland zufriedenstellend.

— Der Sächsische Militär-Vereins-Bund hielt am Sonntag in Dresden seine 46. ordentliche Bundesversammlung ab. Der Präsident, Generaloberst d'Elza, gedachte zuerst des unvergesslichen Schutzherrn des Bundes, des Königs, begrüßte dann die Erschienenen, zumal die Ehrenmitglieder, und forderte die Versammelten auf, das Gedächtnis der Gefallenen durch Erheben von den Plätzen zu ehren. — Der Kriegsfürsorge und dem Kriegedank wird wie bisher seine Arbeit besonders dienen; er will führend teilnehmen an der Verbesserung der Lage der Kriegsbeschädigten. Hilfsbereit und tätig im öffentlichen Leben will er Gefangenen- und Jugendfürsorge betreiben und den Ausbau der Einwohnerwehren unterstützen. Nach den mit warmem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Präsidenten erstattete Herr Schriftführer Hultsch den Jahresbericht. Die Zahl der angeschlossenen Militärvereine ist im vergangenen Jahre von 1763 auf 1760, die der Mitglieder von 191905 auf 183817 zurückgegangen. Zahlreiche durch Tod ausgeschiedene Mitglieder sind auf dem Felde der Ehre geblieben. Auf der anderen Seite sind gerade aus Kreisen der Feldzugsteilnehmer erfreulich viele Beitrittserklärungen erfolgt. Für Unterstufungen herausgabte der Bund weit über 500000 Mk.; damit ist seit dem Bestehen der Vereine eine Summe von 15 Millionen für derartige Zwecke aufgewendet worden. Auf der Dippoldishöhe wurde das Erholungsheim Windischhaus für bedürftige Teilnehmer am Weltkrieg eröffnet. In das Präsidium traten nun ein die Herren Dr. Bräutigam, v. Rachenauer und Schurig. Der Kassendirektor lag den Anwesenden gedruckt vor. Gegen die Friedensjahre sind die Einnahmen des Bundes um mehr als 10000 Mk. gesunken, die Ausgaben wesentlich gestiegen. Der Versammlung lagen dann zwei Anträge vor, nach denen von dem Bundesbezirk Zwickau ein neuer Bezirk Werda, und von

dem Bezirk Dippoldishöhe ein Bezirk Oberes Müglitz abgetrennt werden sollen. Anschließend fanden Ergänzungswahlen statt. Die Bundesversammlungen sollen in Zukunft wieder in der Reihenfolge von früher abgehalten werden; für 1920 ist Zittau vorgesehen.

— Potschappel. Mit den Kirchspreisen unzufrieden, drang gestern in die Behausung eines hiesigen Kirchsprenglers eine größere Menge Personen ein, bewachtigte sich der Kirchsprengler und verkaufte sie für 55 Pfennig das Pfund.

— Pirna. In Düreröhdorf bei Pirna ertrank am Sonntag nachmittag der in den 40er Jahren stehende Besitzer des Steinbruchs, ein Herr aus Dresden. Er unternahm mit zwei erwachsenen Töchtern auf einem selbstgekauften Floß auf dem Teiche eine Ruderpartie. Dabei kippte das Floß um und alle drei fielen ins Wasser. Während die beiden Töchter gerettet werden konnten, ertrank der Vater. Er hinterläßt eine Witwe und neun Kinder.

— Baugen. Die Kirchsprengerei in der Baugner Gegend ist wiederum außerordentlich reich. Die Bäume hängen voll, die Früchte sind vorzüglich. Das regnerische Wetter hat die Ernte etwas verspätet, einige sonnige Tage werden die Reife beschleunigen. Der Preis steht zu dem Ernteertrag in keinem Verhältnis: an der Kirchsprengerei kostet das Liter 1,25 Mark, und dabei kann der von Glück reden, der welche erhält. Auf dem Markte sind nur wenige zu sehen. Die Höchstpreise vertreiben die Ware vom Markte. Die Großhändler kommen an die Kirchsprengerei in den Alleen, legen den Pächtern das Geld hin und kaufen jede nur erreichbare Menge auf. Unter den Pächtern befinden sich dieses Jahr anfallend viel auswärtige Leute (Dresden, Leipzig). Die Pächter sind bei den Versteigerungen eben derart in die Höhe getrieben worden, daß nur ganz kapitalkräftige Leute sich an der Pacht beteiligen können.

— Meerane. Auch hier wird das Sterben teurer. Der Kirchenvorstand hat beschlossen, die Begräbnisgebühr für Begräbnisse, um die höheren Unkosten zu decken, um 25 v. H. zu erhöhen. Wenn dieser Beschluß die Genehmigung der Kircheninspektion gefunden hat, sollen auch die Bezüge der Leichenwagenschaffner um 20 v. H. erhöht werden. Einen besonderen Platz zur Beerdigung von Kriegsteilnehmern, dessen Schaffung angeregt worden war, will der Kirchenvorstand nicht anlegen lassen, dagegen sollen alle Kriegsteilnehmer, welche nachweislich an den Folgen des Krieges sterben, bis 28. Juni 1920 freies Begräbnis erhalten.

Sächsische Volkskammer.

In der heutigen Sitzung beschäftigte sich die Kammer zunächst mit dem Entwurf des Kirchenaustrittsgesetzes. Dazu beantragte Abg. Menke (Unabh.) als Berichterstatter des Rechenschaftsausschusses für diesen neben einigen unwesentlichen Abänderungen der Regierungsvorlage, das Austrittsalter nicht wie im Entwurf vorgesehen auf das 16., sondern auf das vollendete 14. Lebensjahr festzusetzen. Abg. Dr. Rennstorff (D. U.) stimmte für seine Partei der Tendenz der Vorlage zu, verlangte aber u. a. eine Herabsetzung des Austrittsalters bis zur erreichten Volljährigkeit. Ebenso wandten sich die Demokraten und die Deutsche Volkspartei gegen das 14. Lebensjahr als Austrittsalter. Nach einer namentlichen Abstimmung wurde dieses schließlich mit 44 gegen 49 Stimmen festgesetzt und die ganze Vorlage gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien in der vom Ausschuss beantragten Fassung angenommen. Hierauf wurde auf Antrag des Finanzausschusses A ein Antrag der Fraktion der Unabhängigen auf Regelung der Beamten- und Lehrergehälter dahin abgeändert einstimmig angenommen, daß die Regierung ersucht wird, die eingeleiteten Vorarbeiten für eine umfassende Befolungsreform unter Hinzuhaltung von Vertretern der Beamten zu beschleunigen. Einen Antrag der Demokraten auf Einreichung der Volksschullehrer in die staatliche Befolungsordnung und die Notlage der Junglehrer betreffend, änderte die Kammer nach längerer unwesentlicher Aussprache dahin ab, daß die Regierung ersucht wird, gleichzeitig mit der Reform der staatlichen Befolungsordnung das Lehrergehaltsgesetz so abzufassen, daß unter Beseitigung der jetzigen Zurücksetzung die Befolungen der Volksschullehrer und Lehrereinen durch deren Einreichung in eine bestimmte, ihrer Vorbildung und ihrem Berufe entsprechende Klasse der staatlichen Befolungsordnung festgesetzt werden.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer I. R. Gärtner, für den Inseratenteil: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Roggenstroh 1 Zentner 4 Mk.

Roggenpreu 1 Zentner 3 Mk.

verkauft aus den Feldscheunen des Rittergutes Wilsdruff

Pöhsch, Rittergut Braunsdorf.

Oswald Mensch Nachf.

Inh.: Monach & Siering.

Rossschlächterei, Speisewirtschaft u. Pferdgeschäft Potschappel.

Fernsprecher Amt Deuben Nr. 785.

Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Verfügung.

Grumbach. Lebensmittelverteilung.

Donnerstag den 10. Juli vormittags 9 bis 1 Uhr auf hiesiger Freibant Rindfleisch in rohem Zustande zum Pfundpreise von 1,80 Mark an die Versorgungsberechtigten in den Grundrücken von Nr. 17 bis 151. Grumbach, am 9. Juli 1919.

Der Gemeindevorstand.

Städtische Sparkasse Wilsdruff.

Rathaus, 1. Obergesch. — Geschäftszeit: 8—1 und 1/3—4, Sonnabends nur 8—1 Uhr.
Fernspr. Nr. 1 u. 9. — Geschäftsstelle der Stadtgirokasse Wilsdruff. — Postcheckkonto Leipzig 20080.

Annahme von Spareinlagen bei 3 1/2 % Verzinsung.
Heberwungsverkehr. — Aufbewahrung und Verwaltung mündeliger Werte. — Ausstellung gesperrter Sparbücher. — Gewährung von Hypotheken und Lombarddarlehen. — Annahme von Schecks u. fälligen Zinscheinen. — Hebertragbarkeitsverkehr.

Statt Karten.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung in so überreichem Maße dargebrachten Geschenke und Glückwünsche sagen wir zugleich im Namen unserer lieben Eltern hierdurch unsern

herzlichsten Dank.

Wilsdruff, Siebenlehn,
im Juli 1919.

Otto Westphal und Frau Else
geb. Wöhler.

Militärverein f. Wilsdruff u. Umg.

Sonntag den 13. Juli abends 6 Uhr
Theaterabend mit anschließendem Tänzchen.

Jeder Kamerad kann nur seine Frau oder eine andere Person einführen. Orden, Ehren- und Vereinszeichen sind anzulegen. Zahlreiches Erscheinen erbitet

Der Vorstand.

Einladung zur Hauptversammlung

des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Dresden
am **Donnerstag den 10. Juli** vormittags 10 1/2 Uhr
im Gasthof „Zur guten Hoffnung“
in **Arnsdorf** bei Radeberg.

Tagesordnung:

1. Eröffnung durch den Vorsitzenden.
2. Geschäftsbericht vom Geschäftsführer.
3. Vortrag des Herrn Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. Falke: „Näheres über Aufgaben und vieles beim Wiederaufbau der Sächsischen Landwirtschaft“.
4. Vortrag des Herrn Prof. Dr. Schellenberger: „Erörterung über die Vorteile dünner Ausaat“.

Um rege Beteiligung bitte!

Der Vorsitzende des Landwirtsch. Vereins Wilsdruff.
Abfahrt 1/2 Uhr vom Bahnhof Wilsdruff.

Lindenschlößchen

Donnerstag den 10. Juni
erstes

Sommerkonzert

der Stadtkapelle
unter Mitwirkung des Besonderen Herrn
W. Köhl-Dresden.
Feingewähltes Programm.
Direktion **E. Römis.**

Anfang 7 Uhr. Eintritt 1,20 Mk.
Karten im Vorverkauf, bei den Herren Friseurern Pollack und Weise, 1 Mk.

Nach dem Konzert feiner Ball.

Hierzu laden ergebenst ein
E. Römis. E. Horn.

Von Donnerstag den 10. d. M.
ab stelle ich wieder einen Transport

Vorzügl. Ostfries.

Milchvieh

hochtragend und frischmelkend, sowie einen Transport bis 6 Monate alte

Lämmer

zu billigsten Preisen bei mir zum Verkauf.
Ankaufsbefreiung ist vorzulegen.

Hainsberg. E. Kästner.
Güterbahnhofstraße 2. Fernsprecher: Amt Teuben 296.

Meldet Euch zum Eintritt in die 2. sächs. Grenzjäger-(Reichswehr-) Brigade Nr. 19!

Annahmebedingungen: Felddienstfähig, mindestens 17, nicht über 35 Jahre alt, Schutz der jetzigen Regierung gegen innere und äußere Feinde, unbedingter Gehorsam gegen die Vorgesetzten, bereit zu strammem Dienst. Verpflichtung für die Reichswehr auf 6 Monate. (Der erste Monat gilt als Probezeit, innerhalb derer dem Freiwilligen mit siebentägiger Frist gekündigt werden kann.) Nach Ablauf jeweilige Verlängerung um drei weitere Monate, wenn nicht von einem Teil mit einmonatiger Frist gekündigt wird.

Abfindungsbedingungen: Freie Unterkunft, Verpflegung und Bekleidung.

Löhnung:

- a) mobile Löhnung nach Dienstgraden.
- b) Reichswehrzulage von täglich 3 Mk.
- c) Löhnungszuschuß für Verheiratete:
für Familie ohne Kinder täglich Mk. 1.65
für Familie mit 1 Kind täglich Mk. 2.65
für jedes weitere Kind täglich Mk. 1.—
- d) Bei Einzug zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern des Reiches bzw. im Grenzschutz Ost eine Kampfsulage von täglich 2 Mk. (wird bei den Truppenteilen der Brigade vorläufig bis auf weiteres gewährt).

Erforderliche Papiere:

- a) **Gediente:** Paß und polizeiliches Führungszeugnis. Bei Fehlen des Passes Bescheinigung des Bezirkskommandos, daß Paß noch nicht ausgehändigt werden konnte, und Entlassungsschein, außerdem möglichst Stammtrollenauszug.
- b) **Ungediente** (Einstellung erst etwa Mitte August möglich): Polizeiliches Führungszeugnis, Einwilligungserklärung des Vaters bzw. Vormundes, Lebenslauf.

Anmeldung schriftlich oder mündlich bei der

Werbestelle Wilsdruff

Restaurant „Parkschänke“, Meissner Strasse.

Vorshukverein zu Wilsdruff

e. G. m. b. H.

Außerordentlichen Hauptversammlung

für Montag den 21. Juli nachmittags 6 Uhr im Gasthof „Weißer Adler“ eingeladen.

Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über die vom Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagenen Satzungsänderungen.
2. Im Falle der Annahme der Satzungsänderungen Wahl des Direktors an Stelle des mit dem Inkrafttreten der geänderten Satzung entsprechend dem Beschluß der Hauptversammlung vom 12. April ausscheidenden Direktors Herrn Louis Seidel in Wilsdruff, dessen Wiederwahl zulässig ist.

Die Satzung in der abgeänderten Form liegt im Geschäftszimmer zur Einsicht aus. Da bei Satzungsänderungen die Anwesenheit von 1/3 der gesamten Mitglieder erforderlich ist, ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend nötig, sonst macht sich eine zweite Hauptversammlung nötig, in der ohne Rücksicht auf die Gesamtzahl der Mitglieder beschloffen werden würde.

Roggen- und Weizenstroh

ist zu verkaufen
Blankenstein 26.

Gesucht

sofort Arbeitsfrauen und größere Schulkinde 2. Rübenerziehen und Jäten bei hohem Lohn.
E. Bier, Stadigt.

Möbel-Auktion.

Sonntag den 13. Juli nachm. 3 Uhr findet im Gasthof zu Zanneberg eine Versteigerung gebrauchter Möbel statt, u. a.:

ein großes Sofa mit 6 Stühlen, großer Ausziehtisch, Schreibtisch, 2 Klappstühle, Wiege, Bilder, Lampen usw.
B. Schubert.

Werk

Einkochapparate,
Einkochgläser
nebst sämtl. Zubehörsachen
empfehle

Paul Schmidt.
Dresdner Straße 94
Ecke Rosenstraße.
Fernsprecher 484.

Suche zum 1. August,

vor der Hand aufs Land, später kleinen städtischen Gutshaus (Drei-Zimmer-Wohnung) ein eheliches, solides

Mädchen,

Wäsche außer dem Haus. Gehalt 90 Mk. Angebote mit Zeugnisabschriften und Bild oder persönlich zu melden bei

Frau Oberleutnant Keibel, **Allodialgut Peunrich.**

1/2 bis 1 Scheffel Klee

wird zu pachten gesucht. Angebote unter 4621 an die Geschäftsst. dieses Blattes erbiten.